

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 27. Januar 2026
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

A 657 Anfrage Rey Caroline und Mit. über die Notwendigkeit einer flächendeckenden, unabhängigen Medienberichterstattung zur Stärkung der direkten Demokratie / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Die Anfrage A 657 wurde auf die Januar-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat ist mit der dringlichen Behandlung einverstanden. Der Rat stimmt der dringlichen Behandlung mit 88 zu 25 Stimmen zu.

Caroline Rey ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Caroline Rey: Ich beginne mit dem wenig erfreulicheren Teil. Die Antwort auf die letzte Frage, welche Massnahmen ergriffen werden könnten, beantwortet der Regierungsrat sehr defensiv. Wir haben es oft genug gehört: Die Medien sind wichtig und zentral für eine funktionierende Demokratie. Genau hier setzt unsere Kritik an. Die Verantwortung dafür wird, wie bereits bei früheren medienpolitischen Vorstössen, auf die nächsthöhere Ebene geschoben, und das ohne eine wirklich inhaltliche Erläuterung. Diese Zurückhaltung ist in vielen Deutschschweizer Kantonen verbreitet. Im Gegensatz zur Romandie, wo Unterstützungsmodelle bereits in Kraft sind. Beispielsweise werden die Unterstützung im Ausbildungsbereich, insbesondere die Finanzierung von Praktikums- und Volontariatsstellen inklusiv begleitender Ausbildung als sehr positiv bewertet. Hier lohnt sich aus Sicht der SP vielleicht ein Blick über den Tellerrand hinaus in Kantone, die bereits Gutachten zu kantonalen Fördermassnahmen erstellen liessen wie beispielsweise Graubünden oder St. Gallen. Abschliessen möchte ich mit dem erfreulichen Teil. Positiv gestimmt hat uns die Beantwortung der Frage 1. Der Regierungsrat anerkennt die negativen Folgen einer Annahme der Initiative «200 Franken sind genug! (SRG-Initiative)» und die damit wegfallende Berichterstattung. Unabhängig vom Abstimmungsausgang steht die SRG infolge der Senkung der Medienabgabe unter finanziellem Druck. Zum Beispiel unser Regionaljournal würde wohl sehr stark oder gar ganz gestrichen, das nach jeder Session ausgewogen und präzise über ausgewählte Geschäfte aus unserem Rat berichtet. Ich habe es gestern geprüft und nachgehört. Der Regierungsrat hat es richtig benannt: Eine wichtige, demokratische Infrastruktur würde wegfallen. Die aktuelle Weltlage zeigt deutlich, dass eine faktenbasierte Berichterstattung und unabhängige Medien wichtiger denn je sind.

Rahel Estermann: Wir danken der Regierung für ihre klare Stellungnahme gegen die Initiative und die sie auch bereits mit einer Medienmitteilung vom 14. Januar 2026 bezogen hat. Es ist wichtig sich die Folgen vor Augen zu führen, sollte die Initiative angenommen werden, insbesondere für unsere Region und unseren Kanton. Sollte die SRG-Initiative

angenommen werden, bedeutet das nicht einfach die eine oder andere Journalistin oder eine Sendung weniger, sondern das Ende der uns bekannten SRG. Aber auch das Ende der SRG in der Zentralschweiz. Das sagt der Kanton in seinen Antworten, auf jeden Fall so, wie wir heute sie vom Format her kennen. Kein Regionaljournal mehr, das unsere Ratsdebatten zusammenfasst. Kein Regionaljournal, das den Kanton und die Innerschweizer Regionen tagtäglich beleuchtet. Es ist nicht so, dass auf dem Luzerner Medienplatz noch genügend andere Medien vorhanden sind. Natürlich gibt es genügend andere Medien. Aber der CH media zum Beispiel gehören heute die «Luzerner Zeitung» und auch die anderen kantonalen Ausgaben. CH media führt «Tele 1», «Radio Pilatus», «Radio Zentral» und «Radio Sunshine». Sie gehören alle zum gleichen Konzern. Nebst diesem Imperium gibt es «Zentralplus» oder wichtige regionale Zeitungen. Das sind zentrale Pfeiler, aber mit einer bestimmten Perspektive und bestimmten Schwerpunkten. Das entspricht aber nicht einem Vollprogramm, wie es die SRG Zentralschweiz immer noch täglich sendet. Sie haben auch nicht die Breitenwirkung einer SRG. Wer also mit der Initiative die SRG angreift, greift auch die Medienvielfalt auf dem Platz Luzern an. Man fragt sich schon, weshalb ein solcher Kahlschlag verlangt wird, um 37 Rappen pro Tag und Haushalt zu sparen. Wir müssen uns fragen, ob es uns das wert ist. Der Abbau von öffentlich-rechtlichen Medien ist Teil einer internationalen, rechtspopulistischen Bewegung. In vielen öffentlichen Ländern sind es Parteien wie die AfD, das Rassemblement National in Frankreich oder die Reform UK von Nigel Farage, die genau das fordern. Sie wissen, dass populistische Bewegungen ohne öffentlich-rechtliche Medien einen Vorteil haben. Das können Sie in der Politikwissenschaft nachlesen. Fallen wir nicht darauf herein. Ich möchte insbesondere an die FDP appellieren: Ihre Partei hat den Schweizer Staat und die Schweizer Demokratie in der Neuzeit begründet. Bringen Sie diesen Staat und diese Demokratie nicht zu einem Ende. Überlegen Sie sich gut, welche Parole Sie zu dieser Initiative fassen.

Heidi Scherer: Nachdem sich die Luzerner Regierung in ihrer Medienmitteilung vom 14. Januar 2026 über ihre ablehnende Haltung zur SRG-Initiative geäußert hat, sind die Antworten auf die gestellten Fragen nachvollziehbar und logisch. Die deutliche Reduktion von 335 auf 200 Franken und die gänzliche Befreiung von Unternehmen von der Abgabepflicht wären eine klare Kürzung des SRG-Budgets und müssten sicher zu einer Neudefinition des Service public-Auftrags des Bundesrates an die SRG führen. Die Diskussionen laufen heiss. Die FDP-Delegierten des Kantons Luzern fassen ihre Parole zu dieser Vorlage Anfang Februar. In diesem Sinn danken wir der Regierung für ihre klaren Antworten.

Isabelle Kunz-Schwegler: Der Regierungsrat beurteilt die möglichen Folgen SRG-Initiative sehr kritisch. Aus Sicht der SVP-Fraktion fällt diese Einschätzung zu einseitig aus. Die SRG-Initiative stellt den medialen Service public nicht grundsätzlich infrage. Sie zielt darauf ab, die Zwangsabgabe zu senken und die SRG zu einer stärkeren Fokussierung auf ihren Kernauftrag zu bewegen. Bei einem heutigen Gesamtbudget von über 1 Milliarde Franken ist davon auszugehen, dass die SRG auch mit reduzierten Mitteln ein Grundangebot sicherstellen kann. Die Medienvielfalt in der Zentralschweiz hängt nicht ausschliesslich von der SRG ab. Private Medien leisten einen wesentlichen Beitrag zur regionalen Berichterstattung und zur demokratischen Meinungsbildung. Eine stärkere Gewichtung des Wettbewerbs kann die Vielfalt langfristig sogar fördern und stärken. Bei der journalistischen Ausbildung ist zu berücksichtigen, dass sich Institutionen wie das Medienausbildungszentrum MAZ an veränderte Rahmenbedingungen und Nachfragestrukturen anpassen müssen. Der erwähnte Stellenabbau ist nicht ausschliesslich auf mögliche politische Entscheide zurückzuführen, sondern Ausdruck eines strukturellen Wandels. Zudem bleibt festzuhalten,

dass Medienpolitik in der Kompetenz des Bundes liegt und staatliche Eingriffe die Unabhängigkeit gefährden. Es ist daher sachgerecht, wenn der Kanton Luzern in dieser Frage zurückhaltend bleibt und keine zusätzlichen Fördermassnahmen ergreift.

Mario Cozzio: Die Halbierungsinitiative ist kein Sparprojekt mit Augenmass, sondern ein Abbauprogramm für den medialen Service public – und damit für unsere Demokratie. Gerade für einen Kanton wie Luzern sind funktionierende, neutrale Medien und Berichterstattungen hoch relevant. Das Regionalstudio Zentralschweiz sorgt dafür, dass kantonale und kommunale Politik sicht- und vor allem hörbar bleibt und dass Abstimmungen eingeordnet werden können. Wer meint, diese Leistungen würden einfach von privaten Medien oder internationalen Plattformen übernommen, macht sich etwas vor – auch private schweizerische Formate profitieren teilweise von dieser Abgabe und müssten sich daher einschränken. Die internationalen Akteure funktionieren zu Recht nach Marktlogik und Aufmerksamkeitsökonomie – nicht nach dem Auftrag einer unabhängigen, sachlichen Information: Siehe das Extrembeispiel USA mit ihren klar rechten oder linken Sendern oder generell Social Media. Eine starke SRG bedeutet Medienvielfalt, regionale Verankerung und Vertrauen. Sie ist ein essenzielles Gegengewicht zu Desinformation, Polarisierung und gefärbter Berichterstattung. Wie aus den Antworten der Regierung ersichtlich, ist die Halbierungsinitiative brandgefährlich und somit am 8. März 2026 klar abzulehnen.

Beatrix Küttel: Wie der Regierungsrat aufzeigt, hätte die Annahme der SRG-Initiative auch im Kanton Luzern einschneidende Folgen. In der Region würden Arbeitsplätze verloren gehen, beim MAZ würden Ausbildungsplätze verschwinden, die Medienlandschaft in der Innerschweiz würde weiter ausgedünnt, die politische Berichterstattung würde schwächer und grundsätzlich würden die Luzerner Anliegen in Bundesbern und schweizweit viel weniger wahrgenommen. Die Annahme der SRG-Initiative würde somit die Demokratie im Kanton stark schwächen. Die Mitte Kanton Luzern wird heute Abend die Parole zur Initiative fassen. Die Mitte-Fraktion wartet gespannt auf diesen Entscheid.

Karin Andrea Stadelmann: Die Mitte Kanton Luzern fasst heute an ihrer Delegiertenversammlung die Parole. Isabelle Schwegler-Kunz hat erklärt, dass die Medienberichterstattung vor allem in der Kompetenz des Bundes liegt. Unser Rat arbeitet tagtäglich für die Politik und vor allem für die Bürgerinnen und Bürger des Kantons Luzern und seine Gemeinden. Wir sind auf eine regionale Berichterstattung angewiesen und dass unsere Bürgerinnen und Bürger in jeder Gemeinde erfahren, was unser Rat entscheidet, was wir bewegen wollen und was im Kanton Luzern passiert. Ein Ja zur SRG-Initiative bedeutet ein Nein zum regionalen Journalismus und zur regionalen Berichterstattung. Ich glaube genau das braucht es und das liegt nicht nur in der Kompetenz des Bundes.

Fritz Gerber: Wir sprechen seit zehn Minuten über etwas, das zum Abstimmungskampf gehört. Ich gehe nicht auf den Inhalt ein, aber sind wir dazu gewählt worden, über das, was draussen geschieht, in unserem Rat zu diskutieren? Oder ist es nur, weil eine Kamera läuft? Das ist nicht unser Auftrag. In den letzten Jahren hat sich offenbar die Unsitte breit gemacht, dass Dinge in unserem Rat diskutiert werden, die nicht hierhergehören, weil eine Kamera läuft und Journalisten auf der Tribüne sitzen. Wahrscheinlich sind sie wohlberaten, nichts darüber zu schreiben, sondern sich in den Medien mit den Themen zu befassen, für die wir gewählt wurden. Wahrscheinlich sollte sich auch die Regierung gut überlegen, ob sie in Zukunft solche Vorstösse dringlich behandeln will, die nur auf eine Abstimmungsdebatte in unserem Rat abzielen. Das finde ich nicht richtig. Wir haben einen Regierungs- und Kantonsrat und sind für unsere Arbeit wie etwa Gesetze aufzugleisen gewählt. Aber nicht, um in diesem Rat eine Abstimmungsdebatte zu führen und uns heute Abend zu beklagen, dass wir nur bis zu Traktanden 37 gekommen und immer noch 30 Traktanden offen sind. Ich bitte Sie, den

Auftrag auszuführen, für den Sie gewählt wurden, nicht mehr und nicht weniger.

Rahel Estermann: Fritz Gerber, wie viele Vorstösse hat die SVP in diesem Rat schon zu ihren nationalen Initiativen eingereicht? Ich hatte nicht die Zeit, um es nachzählen, aber ich hole es nach und tausche mich im Anschluss mit Fritz Gerber darüber aus.

Guido Roos: Zum Votum von Fritz Gerber: Über die Dringlichkeit von Vorstössen entscheidet nicht die Regierung, sondern unser Rat. Zudem rate ich Fritz Gerber, sein Votum in ähnlichen Worten anlässlich der nächsten Fraktionssitzung zu halten, ganz im Sinn der Ausführungen von Rahel Estermann.

Sarah Bühler-Häfliger: Fritz Gerber, dieses Geschäft betrifft unsere Medien und unseren Kanton lokal sehr wohl und deshalb soll unser Rat auch darüber diskutieren.

Guido Müller: Es ist leider Usus, dass in diesem Rat immer wieder Vorstösse über Abstimmungen und Initiativen eingereicht werden. Weder links noch rechts oder Mitte sind diesbezüglich unbescholten. Also hören wir auf, darüber zu diskutieren. Mich schockiert viel mehr, dass unsere Regierung eine grosse Medienmitteilung mit ablehnender Haltung publizierte. Für den Unterwerfungsvertrag und das Kantonsreferendum hingegen hatte die gleiche Regierung keine Zeit und schloss sich der Meinung der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) an. Das ist für mich viel fraglicher, als wenn unser Rat über Initiativen diskutiert.

Samuel Zbinden: Die SVP-Fraktion hat es sich selbst zuzuschreiben, dass wir so lange über diese Anfrage diskutieren. Guido Müller hat sich beklagt, dass wir schon wieder über diese Frage sprechen. Sein Fraktionskollege hat diese Debatte lanciert. Vor Fritz Gerbers Votum fand eine inhaltliche Diskussion statt. Die SVP wollte über Sinn und Unsinn davon sprechen, wenn unser Rat über nationale Initiativen diskutiert und 20 Sekunden später spricht Guido Müller schon über die nächste nationale Initiative. Vielleicht sollte die SVP-Fraktion ihre Haltung zuerst intern absprechen.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Ich erlaube mir eine Vorbemerkung: Seit ich 2015 in diesem Saal dabei sein darf – früher als Kantonsrat, heute als Regierungsrat – ist es Usus, dass man die entsprechenden Vorstösse vor nationalen Abstimmungen dringlich erklärt, damit Ihr Rat sich dazu äussern kann. Das haben wir in diesem Fall und wie auch in den letzten zehn Jahren ebenfalls getan. Weshalb haben wir uns zur SRG-Initiative geäussert und zu anderen Themen nicht? Wir diskutieren in der Regierung immer über unsere Haltung und ob wir uns dazu äussern oder nicht. Wir dürfen uns dazu äussern, wenn eine besondere Betroffenheit des Kantons Luzern vorliegt. Hier ist die besondere Betroffenheit insofern gegeben, dass es eine lokale Berichterstattung gibt und ein Abbau direkte Konsequenzen für den Kanton Luzern hat. Dies im Vergleich zu anderen Kantonen, die keine SRG-Aussenstation haben. Deshalb hat sich die Regierung entschieden, Position zu beziehen. Unsere Position kennen Sie und darauf komme ich nun zurück. Für das Funktionieren unserer Demokratie ist eine unabhängige Medienberichterstattung zwingende Voraussetzung. Möglichst viele unabhängige Medien und eine Vielfalt sind ein Vorteil. Sie wissen auch, dass das in den letzten Jahren etwas eingeschränkt wurde. Ich beschränke mich in meinem weiteren Votum vor allem auf die SRG-Initiative und die SRG. Die SRG leistet mit ihren zahlreichen Formaten in Radio und Fernsehen aber auch auf ihren Social Media-Kanälen einen wichtigen Beitrag für eine möglichst objektive Berichterstattung, und dies als Grundlage einer Meinungsbildung für die politische Auseinandersetzung in unserem Land. Aus Sicht unseres Rates leistet die SRG gerade in der regionalen Berichterstattung, die eher zurückgegangen ist, einen zentralen Beitrag, damit sich die Bevölkerung informieren kann. Die fundierten Recherchen der SRG-Formate bilden aber auch einen wichtigen Gegenpool zu den immer stärker

zunehmenden Falschinformationen in den sozialen Netzwerken. Die Algorithmen sind so eingestellt, dass man immer more of the same sieht, also immer mehr vom Gleichen. So erhält man immer wieder die gleichen Nachrichten und es verstärkt sich der Eindruck, dass die Welt nur so funktioniert. Das ist gefährlich und hat auch Konsequenzen, beispielsweise was die Polarisierung angeht. Man sieht gut, was in den USA geschieht. Sie machen auch Ihre eigenen Erfahrungen, wenn Sie auf Social Media unterwegs sind und immer wieder die gleichen Nachrichten erhalten. Das ist gefährlich für die Demokratie. Demokratie heisst, dass man sich verschiedene Nachrichten ansehen und respektvoll damit umgehen soll. Man soll aus jeder Nachricht das Richtige herausfiltern und Meinungen bilden. So können auch Kompromisse entstehen. Kompromisse, die notabene auch die Schweiz erfolgreich gemacht haben und dem Zusammenhalt unseres Landes und der Gesellschaft dienen. In den letzten Jahrzehnten hat eine starke Medienkonzentration stattgefunden, auch wegen der sozialen Medien. Diese werden auch von aus den USA oder aus anderen Ländern stammenden grossen Konzernen geführt. Die SRG-Initiative würde aus Sicht unseres Rates die Medienvielfalt, den Service public und die Informationsmöglichkeiten deutlich schwächen und zusätzlich die regionale Berichterstattung einschränken, die für unseren Kanton wichtig ist. Eine umfangreiche, regionale Berichterstattung mit dem heutigen Regionalstudio wäre so nicht mehr möglich. Zudem hat die SRG-Initiative auch zwangsläufig Auswirkungen auf das MAZ, ein Punkt, der den Kanton Luzern direkt betrifft. Bei einer Annahme der Initiative müsste die SRG rund 800 Millionen Franken sparen. Als eine der Trägerinnen des MAZ würden die Sparmassnahmen sicher auch die Beteiligung am MAZ betreffen, das eine wichtige Institution zur Ausbildung von Journalistinnen und Journalisten ist und wo man lernt, diese Informationen objektiv einzuordnen mit Quellenangaben usw. und wir uns in der Politik auch eine Meinung bilden können. In diesem Sinn vertritt die Luzerner Regierung klar die Haltung, dass die Initiative schädlich und deshalb auch für den Standort Luzern nicht vorteilhaft ist.